16.12.2019

DR. HUBERTUS KNABE

„Neue Soziale Bewegungen“ in der DDR

In den 1980-er Jahren entstanden in der DDR Dutzende Umwelt-, Friedens- und Frauen-Gruppen. Sie trafen sich bei überregionalen Zusammenkünften, verständigten sich in selbst gefertigten Veröffentlichungen und mobilisierten gemeinsam zu bestimmten Themen und Ereignissen – Formen des politischen Engagements, die bis dahin nur für westliche Gesellschaften mit dem Begriff „Neue Soziale Bewegungen“ belegt wurden. Der Aufsatz diskutiert, inwieweit der für westliche Industriegesellschaften entwickelte Erklärungsansatz auch auf die DDR übertragen werden kann.

Im ersten Teil werden die einzelnen Gruppen und Bewegungen in der DDR skizziert. Im zweiten Teil wird der Frage nachgegangen, ob die Modernisierung der Industriegesellschaft im Sozialismus zu ähnlichen Problemen und sozialstrukturellen Veränderungen geführt hat wie im Westen. Im dritten Teil geht es um den dadurch ausgelösten Wertewandel. Am Ende werden die Reaktionen des politischen Systems auf die neuen Formen des politischen Engagements beschrieben. Bis zum Herbst 1989 wurden diese vor allem vom Ministerium für Staatssicherheit unterdrückt, so dass offene Protestbewegungen wie im Westen nicht möglich waren.

In: Von Bredow, Wilfried, Burrichter, Clemens, Ruffmann, Karl-Heinz (Hg.): Entwicklungstendenzen und Perspektiven der DDR-Gesellschaft, Erlanger Beiträge zur Deutschlandpolitik, Erlangen 1989, S. 37-70.

Hubertus Knabe

"Neue Soziale Bewegungen" in der DDR

Protestbewegungen und alternative politische Orientierungen in westlich-demokratischen Staaten sind seit einigen Jahren Gegenstand einer kaum noch zu überblickenden Fülle an empirischen Untersuchungen und theoretischen Analysen, die in ihnen, von vergleichenden Ansätzen untermauert, eine allgemeine Erscheinung der modernen Industriegesellschaft erblicken.[1] Quintessenz dieser in der konkreten Interpretation häufig recht unterschiedlichen Studien ist, daß es sich bei diesen Erscheinungen um einen neuen Typus von Bewegungen handelt, die, oberhalb nationalspezifischer Bedingungen, einen gemeinsamen inneren Problemzusammenhang besitzen - die Zweifel am dominanten Modell industriell-technischer Zivilisation. Auch in den sozialistischen Staaten gehen Sozialwissenschaftler - trotz einer mitunter abweichenden politischen Interpretation - davon aus, daß diese Bewegungen keineswegs als rasch vergängliche Phänomene betrachtet werden können.[2]

Versuche der an dieser Forschung beteiligten Sozialwissenschaftler, diese Erklärungsansätze auf sozialistische Systeme, namentlich auf

1/ Vgl. dazu exemplarisch und aktuell: K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York 1986; K.-W. Brand: Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und in den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt 1985; J. Raschke: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß; G. Haasken/ M. Wigbers: Protest in der Klemme. Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1986; H. Klages: Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen, Frankfurt/New York 1984.

2/ Vgl. die ausführliche Darstellung der östlichen Diskussion über die westlichen Bewegungen in H. Knabe: Neue soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn. (Schriftliches Referat zur XX. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, 9.-12. Juni 1987).

die DDR, zu übertragen, hat es jedoch bislang nicht gegeben, obwohl dort sowohl, was den Problemhorizont betrifft, als auch in Bezug auf Formen und Inhalte einzelner Erscheinungen von alternativem politischen Protest auf den ersten Blick eine Reihe von Affinitäten auszumachen wären. Umgekehrt hat sich auch die traditonelle DDR- und Osteuropaforschung an einer theoretischen und empirischen Erfassung der neuen Phänomene bisher weitgehend desinteressiert gezeigt, was an ihrer Fixierung auf die Analyse der politischen Macht und der ökonomischen Prozesse liegen mag. Angesichts der weitreichenden Auswirkungen, die der gegenwärtige Modernisierungsprozeß in westlichen Industriegesellschaften hervorgerufen hat und als deren Ausdruck und Katalysator die neuen sozialen Bewegungen (im weiteren: NSB) gelten können, macht es jedoch durchaus Sinn, danach zu fragen, ob sich hier für sozialistische Systeme langfristig eine ähnliche Herausforderung auftut.

Die folgenden Überlegungen können nur eine erste Annäherung an eine solcherart umrissene Forschungsaufgabe bilden. Erschwert wird die Analyse durch die schlechte Materiallage und den Ausschluß empirischer Untersuchungsmethoden, die im Zusammenhang mit westlichen Staaten viel zur Absicherung (und Infragestellung) der theoretischen Befunde beigetragen haben. Einige ausführlichere Arbeiten und Dokumentationen liegen lediglich für den Bereich der Selbsterzeugnisse und Aktivitäten der Friedens- und Umweltarbeit innerhalb der Evangelischen Kirchen der DDR sowie über einige Aspekte der nicht-kirchlichen Umweltdiskussion vor, deren Kenntnis ich hier voraussetze.[3] Darüber hinaus mangelt es auch an einem breiteren

3/ Vgl. dazu: W. Büscher/P. Wensierski: Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen 1981; dies.: Null Bock auf DDR, Reinbek 1984; W. Büscher/P. Wensierski/K. Wolschner: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-82, Hattingen 1983; K. Ehring/M. Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1983; H.H. Hücking: Die Friedensbewegung in der DDR, in: Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt 1982; H. Knabe: Friedens- und Umweltengagement in der

theoretischen Diskussionszusammenhang, wie er für die westlichen Staaten durch eine Vielzahl von Forschungen und Publikationen besteht. Schließlich wirkt sich auch der relativ starre Begriff von der Verfaßtheit der sozialistischen Gesellschaften, wie er in der Kommunismusforschung vorherrscht, bremsend auf eine versuchsweise Anwendung der für westliche Systeme gewonnenen Kategorien im Zusammenhang mit der DDR aus.

1. NSB als Problem der sozialistischen Gesellschaft

Die bisherigen Forschungen über NSB in westlichen Staaten sind gekennzeichnet von einer Unsicherheit gegenüber dem Gegenstand und liefern allenfalls vage Interpretationen der einem ständigen Wandel unterliegenden Phänomene. Entsprechend vielfältig und unbestimmt sind die Begrifflichkeiten und Definitionen, die in diesem Zusammenhang verwandt werden. Brand/Büsser/Rucht führen folgende Merkmale an, von denen eine soziale Bewegung gekennzeichnet sei.:

1. eine soziale Bewegung ziele auf die Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse;
2. sie besitze ein Minimum an organisatorischer Struktur, was sie sowohl von spontanen Unruhen als auch von festgefügten Verbänden unterscheide;

DDR, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, Heft 3/1986; ders.: Gesellschaftlicher Dissenz im Wandel. Ökologische Diskussionen und Umweltengagement in der DDR, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hg.): Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985; ders.: Neue Soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft. XX. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Edition Deutschland Archiv Köln 1987; ders.: Zweifel an der Industriegesellschaft, Ökologische Kritik in der erzählenden DDR-Literatur, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hg.): Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, a.a.O.; P. Wensierksi: Die Gesellschaft für Natur und Umwelt, in: ebenda; G. Würth: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, Frankfurt/Bern/New York 1985.

3. sie sei getragen von bestimmten sozialen Gruppen, habe aber die Mobilisierung eines wachsenden Kreises potentiell "Betroffener" zum Ziel;
4. sie sei gekennzeichnet durch die Parallelität institutioneller und außerinstitutioneller Aktionsformen;
5. die Existenz sozialer Bewegungen hinge davon ab, daß sie in "Bewegung" blieben;
6. soziale Bewegungen hätten ein Anfang und ein Ende, die jedoch eine sehr unterschiedliche Form annehmen könnten;
7. sie seien meist in einen Protestzyklus eingebunden, dessen Höhepunkte eine breite Massenmobilisierung und eine Verunsicherung der herrschenden Eliten darstelle.[4]

Überträgt man diese Definitionen auf sozialistische Staaten, dürften am ehesten die polnische Gewerkschaftsbewegung "Soldarnocs", eventuell auch der 17. Juni 1953 in der DDR und der Ungarnaufstand 1956 als eine solche "soziale Bewegung" verstanden werden. Was aber ist nun das "Neue" an den Bewegungen für Frieden, Ökologie, Frauenrechte etc., und unterscheiden diese sich von den periodisch wiederkehrenden antimodernistischen Protestströmungen der Vergangenheit? Raschke macht den Unterschied zu traditionellen Bewegungen an organisatorischen Besonderheiten fest:

- "Abwesenheit einer einheitlichen, geschlossenen Ideologie.
- Thematische Vielfalt und rasche Issuewechsel.
- Geringer Grad an organisatorischer Verfestigung. Bürokratisierung und Zentralisierung in Verbindung mit Führerfeindlichkeit.
- Hohe Variabilität der Aktionsformen bei Betonung direkter Aktion.
- Vielzahl autonomer, aber stark vernetzter Teilbewegungen."[5]

4/ K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft, a.a.O., S.37.

5/ J. Raschke: Soziale Bewegungen, a.a.O., S. 412.

Brand/Büsser/Rucht begründen die Differenz zum früheren "Unbehagen an der Moderne" damit, daß diesmal die Bewegungen eine unmittelbare politische Relevanz besäßen und den Modernisierungsprozeß definitiv politisierten; diese Durchschlagskraft werde durch den gesellschaftlichen Transformationsprozeß selber hervorgerufen, der die Erwerbs- und Qualifikationsstruktur gewandelt, die Fabrik als Zentrum gesellschaftlicher Arbeit entwertet, die gesellschaftliche Reproduktion durchindustrialisiert und dadurch zur Auflösung sozialer Klassen und Herkunftsmilieus geführt habe, neue Problem- und Konfliktlagen und gleichzeitig ein neues Kritikpotential an systemischen Funktionalisierungsprozessen geschaffen habe.[6]

Angesichts der rückläufigen Konjunktur der NSB in westlichen Staaten und im Ergebnis einer mehrjährigen sozialwissenschaftlichen Diskussion scheint es allerdings angebracht, den Begriff der "Neuen sozialen Bewegung" mit einiger Vorsicht zu verwenden. Auch die Definition von Raschke oder Brandt/Büsser/Rucht ermöglichen keine exakte Abgrenzung gegenüber einem bloßen gesellschaftlichen Bewußtseinswandel, institutionalisiertem Protest oder politischen Bewegungen, die zu einem Umsturz oder einer Revolution führen können. Wenn ich in diesem Rahmen dennoch auf den Begriff rekruiere, dann deshalb, weil es mir um die in dieser Kategorie enthaltenen Interpretationsansätze geht, die ich auf ihre Tauglichkeit im Zusammenhang mit der DDR überprüfen möchte. Wie jene, die den Begriff der NSB für westliche Gesellschaften geprägt haben, erscheint es mir auch für die DDR als sinnvoll, alternative politische Orientierungen, wie sie sich dort in den letzten Jahren vor allem im Schutzraum der Evangelischen Kirchen verstärkt zu artikulieren beginnen, in einem breiteren Interpretationsrahmen als Ausdruck struktureller Tendenzen in hochentwickelten Industriegesellschaften und als Andeutung eines gesellschaftlichen Paradigmenwechsels zu begreifen, der durch die

6/ K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft, a.a.O., S. 275 ff.

Widersprüche der industriellen Lebensweise auch in sozialistischen Staaten ausgelöst wird.

Allerdings hat es bereits Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit den damals in das Blickfeld der westlichen Öffentlichkeit gerückten DDR-Friedensinitiativen Einwände von Vertretern der DDR-Kirchen, von einigen Friedens- und Umweltgruppen in der DDR sowie von kirchlich orientierten Beobachtern gegeben, diese Gruppen als "Friedensbewegung" zu kennzeichnen. Stattdessen wurde der Begriff "kirchliche Friedensarbeit" benutzt, der diese Aktivitäten beschreiben und legitimieren sollte. Gesellschaftswissenschaftlich erscheint diese Kennzeichnung jedoch als ungenau und irreführend, weil die Evangelischen Kirchen in der DDR faktisch keineswegs ausschließlich religiösen oder kirchlichen Bestrebungen zum Ausdruck verhelfen. Als einzige autonome Großorganisation im politischen System der DDR fungieren sie vielmehr in großem Maße als Schutzraum und Kristallisationskern allgemeiner oder marginalisierter gesellschaftlicher Stimmungen, die sich anderwo nicht artikulieren können. Durch diese "Delegierung" von gesellschaftspolitischen Aufgaben an die Kirchen geraten diese jedoch bei einem Wachstum der Autonomiebestrebungen und einer unveränderten Innenpolitik unter zunehmenden Druck "von oben" und "von unten", der sie langfristig zu überfordern scheint.

Ist der Begriff der NSB bereits im westlichen Zusammenhang nur unscharf definiert, wirft er unter den spezifischen Bedingungen der DDR weitere Probleme auf. Ab wann kann dort ein bestimmtes Bewußtsein oder ein politischer Protest überhaupt als Bewegung bezeichnet werden und wie läßt sich abgrenzen von bloßen Stimmungen auf der einen und festgefügten Institutionen auf der anderen Seite? Lassen sich, da die bewegungsähnlichen Phänomene vorwiegend im Raum der Evangelischen Kirchen entstanden sind Bewegungen und Kirche überhaupt exat voneinander trennen, und gehören

womöglich auch Bestrebungen für eine Genehmigung der Ausreise in die Kategorie der NSB?

Aufgrund solcher definitorischen Schwierigkeiten möchte ich deshalb lieber von der Bereitschaft in einem spezifischen gesellschaftlichen Spektrum sprechen, sich für antimodernistische, postmaterialistische Stimmungen und emanzipatorisch-partizipatorische Bestrebungen zu öffnen. Diese kann sich unter bestimmten Bedingungen an bestimmte Themen kristallisieren und dort die Dynamik einer Bewegung entwikkeln, kann aber auch latent bleiben und sich nur als schleichender Bewußtseinswandel äußern. Ob diese Disposition die Form einer Bewegung annimmt, hängt von ihren Entfaltungsmöglichkeiten, der gesellschaftlichen Resonanz und den komplizierten Gesetzen der Bewegungsdynamik zusammen, die bislang auch für westliche Gesellschaften weitgehend unerforscht sind. Da, wo es sich in der DDR jedoch tatsächlich um bewegungsähnliche Phänomene handelt, entsteht die Frage, ob die Kategorie der NSB sinnvoll darauf angewandt werden kann und in welcher Weise sie gegebenenfalls modifiziert werden müßte.

Mein Ansatz, die Diskussion über die NSB auf sozialistische Systeme zu übertragen, wird auch von einer Reihe ungarischer Sozial- und Politikwissenschaftler unterstützt, die in jüngster Zeit einige bemerkenswerte Arbeiten vorgelegt haben zur Interpretation von Bürgerbewegungen in Ungarn, die sich mit ökologischen und friedenspolitischen Fragestellungen beschäftigen.[7] Die eine Diskussionslinie nimmt

7/ Vgl. Insbesondere M. Persányi: A környezetvédö állampolgári aktivitás fejlödése külföldön és hazánkban (Die Entwicklung der Bürgeraktivität im Umweltschutz im Ausland und in Ungarn), Manuskript, MSZMP Politikai Föiskola, Budapest 1986; L. Solyom: A társadalom részvétele a környezetvédelemben (Die Teilnahme der Gesellschaft im Umweltschutz), in: Medvetánc. Társadalomelméti Folyóirat, Heft 4/1985-1/1986; M. Szabó: Társadalmi mozgalmak, politikai rendszer, modernizácio (Vannak-e alternativ társadalmi mozgalmak Magyarországon?) (Gesellschaftliche Bewegungen, politi-

dabei die Umweltproblematik zum Ausgangspunkt und prüft die gesellschaftlichen Reaktionen, die Funktionsfähigkeit des politischen Systems und die Notwendigkeit von Veränderungen angesichts der ökologischen Herausforderung, die auch die sozialistischen Staaten treffe. Die andere Herangehensweise ist orientiert an der westlichen Diskussion über soziale Bewegungen und analysiert verwandte Phänomene im heutigen Ungarn, deren soziale und politische Ursachen erforscht werden sollen. Die Bedeutung, die einer frühzeitlichen Erforschung von neuen sozialen Bewegungen und den Problemen der Akzeptanz des Modernisierungsprozesses zumindest von Teilen des Machtapparates in Ungarn zugemessen wird, läßt sich auch daran ablesen, daß dieses Thema zum Gegenstand neuer Forschungsprogramme gemacht worden ist.[8]

2. Typologie der Bewegung

Westliche Untersuchungen grenzen verschiedene Bewegungen voneinander ab, wenngleich diese häufig Berührungspunkte untereinander aufweisen und sich in einem ähnlichen sozialen und politischen Milieu entwickeln: Die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung, die neue Frauenbewegung, die Alternativbewegung, die neue Friedensbewegung sowie teilweise auch die 3. Welt-Bewegung, die Minderheitenbewegung (Homosexuelle, Ausländer etc.) und den Jugendprotest. Sucht man für eine solche Typologisierung nach parallelen

sches System Modernisierung (Gibt es alternative soziale Bewegungen in Ungarn?), OMFB REI, Budapest April 1986; weitere Literaturhinweise in: H. Knabe: Neue soziale Bewegungen..., a.a.O., Anm. 7).

8/ Neue Forschungsprojekte wurden u.a. vom Landesamt für Umwelt- und Naturschutz, vom Psychologischen Institut, vom Institut für Gesellschaftswissenschaft dem ZK der MSZMP und vom Soziologischen Institut geplant bzw. in Auftrag gegeben, z.B. eine sozialpsychologische Untersuchung alternativer Wohnprojekte und eine Erfassung der politischen Probleme, die sich aus der Nitratverseuchung des Grundwassers in vielen ungarischen Gemeinden ergeben.

Erscheinungen in der DDR, findet man dort zu fast allen westlichen Bewegungen Entsprechungen, wenngleich diese teilweise andere Formen annehmen.

Im Bereich der Friedensbewegung stoßen wir auf eine große Zahl kontinuierlich arbeitender Friedensgruppen, die sich zum überwiegenden Teil innerhalb der Evangelischen Kirchen konstituiert haben. Diese stehen in einer Kontinuität zu den Auseinandersetzungen in der DDR um Wiederbewaffnung und Pazifismus in den fünfziger und sechziger Jahren, haben aber seit Ende der siebziger Jahre in bezug auf Anzahl und Aktivitäten eine neue Qualität angenommen. Versuche, sich außerhalb der Kirchen zu organisieren, sind in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder mit staatlichen Repressalien beantwortet worden, so daß es zu einer Verschmelzung von Anliegen und Ideologien der NSB, von religiösen Vorstellungen sowie von kirchlich-institutionellen Interessen gekommen ist.

Diese Gruppen bewegen sich in einem fallweise mobilisierbaren gesellschaftlichen Umfeld, das, wie einzelne Ereignisse zeigen, über 10.000 Menschen umfassen dürfte. Sozialstrukturell stammen die aktiven Träger überwiegend aus der Altersklasse der 15- bis 35jährigen, also jener Generation, die in den siebziger und achtziger Jahren politisch sozialisiert worden ist;[9] über ihre berufliche und soziale Herkunft liegen keine Angaben vor, aber eine Dominanz sozialer, kirchlicher oder höherqualifizierter Berufe ist ebenso anzunehmen wie ein relativ hohes Bildungsniveau (das sich in der DDR nicht unbedingt in entsprechenden formalen Qualifikationen niederschlagen muß). Die Programmatik dieser Friedensgruppen weist zahlreiche Affinitäten zu ähnlichen Gruppen in der Bundesrepublik auf, legt allerdings stärkeres Gewicht auf Pazifismus, Wehrdienstverweigerung und

9/ Für den Bereich der Bundesrepublik wird das Alter der Träger der NSB häufig etwas höher angesetzt, während über das Zuordnungsverhalten der heutigen Jugend Unsicherheit herrscht.

individuelles Handeln ("Erziehung zum Frieden"). Zu den unmittelbaren Motivationen ihrer Tätigkeit können die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, die Beunruhigung über die Gefahr eines Nuklearkrieges und eine moralische Sensibilisierung gegenüber Rüstung, Militär und ihren negativen Folgen für die Menschheit gerechnet werden, zu den mittelbaren das Bedürfnis nach autonomer, selbstbestimmter politischer Artikulation sowie religiös-idealistische Gefühle. Die Binnenstrukturen der Friedensgruppen ähneln jenen westlicher Initiativen (Basisdemokratie), und durch Veranstaltungen wie das jährliche Treffen "Konkret für den Frieden" oder die kirchliche Friedensdekade im November besteht auch die Möglichkeit zu überregionaler Diskussion und Koordination. Ein Unterschied zu den säkularen Friedensgruppen in der Bundesrepublik besteht in der starken religiös-kirchlichen Prägung der Arbeit der Gruppen.

Auch im Bereich der Ökologiebewegung gibt es in der DDR Erscheinungen, die mit ähnlichen Phänomen in westlichen Staaten korrespondieren: Regelmäßig zusammenkommende Umweltschutzgruppen, deren Entstehung etwa Anfang der achtziger Jahre einsetzt, gemeinschaftliche Aktionen (das autofreie Wochenende "Mobil ohne Auto", Baumpflanzungen, Müllsammlungen, Kinderverschickungen in weniger schadstoffbelastete Gebiete, Fahrradumzüge etc.), Öffentlichkeitsarbeit, die sich jedoch aufgrund staatlicher Restriktionen weitgehend auf ein kirchliches Publikum beschränkt (Berichte in Kirchenzeitungen, Umwelttage und Umweltgottesdienste in den Gemeinden, Tagungen, die Umweltbibliotheken in Berlin und Dresden, hektographierte Zeitschriften wie die der Umweltbibliothek Berlin und des Kirchlichen Forschungsheims in Wittenberg etc.). Die programmatischen Vorstellungen stimmen in vielerlei Hinsicht mit westlichen zivilisationskritischen Philosophien überein, aus denen sie sich häufig auch unmittelbar speisen. Unterschiede bestehen dagegen – ähnlich wie in der Friedensfrage – in der stärkeren Orientierung auf persönliche Verantwortung, religiöse Aspekte, moralische Fragestellungen sowie

Informationsbeschaffung und Kooperationsversuche mit offiziellen Institutionen. Aufgrund der engen politischen Spielräume haben diese Gruppen bislang nur in Ausnahmefällen versucht, auf größere umweltschädliche Projekte Einfluß zu nehmen, und lokale oder gar überregionale Bewegungen mit größerer Unterstützung aus der Bevölkerung (Bürgerinitiativen) haben sich bislang nicht konstitutieren können. Vielmehr versuchen sie, auf der niedrigsten Aktivitätsstufe mittels Eingaben, Leserbriefen, Ausstellungen, Gesprächen sowie Mitarbeit in offiziellen Istitutionen (Stadtbezirksbauaktiv, Gesellschaft für Natur und Umwelt) praktischen Einfluß zu nehmen. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl läßt sich in der DDR darüberhinaus auch der Beginn einer Anti-Atomkraft-Diskussion beobachten.[10]

Die dritte deutlich auszumachende Strömung im Bereich der NSB wird von kirchlichen Gruppen markiert, die der Dritte-Welt-Bewegung zugeordnet werden können und deren Entstehung bis in die Mitte der siebziger Jahre zurückreicht. In diesen haben sich kirchliche Traditionen ("Brot für die Welt", "Gossner-Mission", "Leipziger Mission") und christliche Vorstellungen ("Teilen", "Gerechtigkeit", "Nächstenliebe") mit ideologischen Axiomen des sozialistischen Systems (Anti-Imperialismus, Chile-, Nicaragua-, Südafrika-Solidarität etc.) und bestimmten Bewußtseinsformen westlicher Bewegungen ("Hilfe zur Selbsthilfe", Kritik der nördlichen Industriestaaten, Entwicklung angepaßter Technologien etc.) verbunden. Die wachsende Bedeutung jenes letzten, für die westlichen NSB spezifischen Faktors läßt sich an der zunehmenden Akzentuierung postmaterieller Werte (Wohlstandskritik, Konsumverzicht), an der Betonung des globalen Charakters der Probleme (Hunger, Überbevölkerung) sowie an den fließen-

10/ Vgl. dazu: "Wir fordern Verzicht auf die Kernenergie ab 1990", in: Frankfurter Rundschau, 26.6.1986 sowie "Antwort der Konferenz der Kirchenleitungen auf Eingaben", in: Der Sonntag, Gemeindeblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen, 27. Juli 1986.

den Übergängen zu anderen Bewegungen (Frieden, Umwelt) ablesen. Zur praktischen Tätigkeit dieser Gruppen, die unter dem Kürzel "INKOTA" (Information, Kontakt, Tagungen) auftreten, zählen (kirchliche) Öffentlichkeitsarbeit, Sammelaktionen und Solidaritätskampagnen; auf überregionalen Treffen wie "Konkret für den Frieden" oder die "Friedenswerkstatt" in Ost-Berlin sind sie ähnlich stark präsent wie Friedens- und Umweltgruppen.

Zahlenmäßig sehr viel weniger bedeutsam als in westlichen Staaten ist in der DDR die Alternativbewegung, insoweit diese die Verwirklichung eines alternativen Lebensstils in selbstverwalteten Wohn- und Arbeitsprojekten meint. Hier wirken sich in erster Linie die restriktiven Bedingungen des Arbeitsrechtes sowie die Bedingungen bei der Wohnungsvergabe bremsend aus, so daß die aus der Umweltdiskussion hervorgegangene Forderung nach einem neuen Lebensstil größtenteils innerhalb der traditionellen Arbeits- und Wohnverhältnisse realisiert werden muß.[11] Ausnahmen sind eine Reihe von Wohnprojekten auf dem Lande, von privaten Handwerksbetrieben (Töpferei) und von kirchlichen Projekten, die durch einen speziellen Ökö-Fonds gefördert werden können.[12] Schließlich praktizieren einige den Ausstieg aus der traditionellen Arbeitsgesellschaft auch durch das Abtauchen in Nischen (formales Arbeitsverhältnis durch minimale Wochenarbeitszeit in marginalen Berufen), in kirchliche Berufe oder andere halb-legale Zwischenexistenzen.

11/ Die Lebensstil-Diskussion ist innerhalb der DDR-Ökologiebewegung das beherrschende Thema; neben einer Reihe von "Handlungskatalogen", die Anfang der achtziger Jahre entwickelt wurden, hat das Kirchliche Forschungsheim später auch ein alternatives Kochbuch und eine Reihe von Broschüren wie "Tips für umweltgerechtes Verhalten im Alltag" oder "anders gärtnern - aber wie" herausgegeben.

12/ 1986 wurden in den Öko-Fonds insgesamt 15.000 Mark gespendet, mit deren Hilfe das Projekt "Grüne Scheune", ein ökologisch orientiertes Seminarheim der Kirche in Frankfurt/Oder gefördert und die Umgebung eines Jugendheimes in Hirschluch in einen Landschaftsgarten umgewandelt wurde; vgl. Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, Nr. 15, April 1987, S. 13.

Symmetrische, wenn auch ähnlich gebremste Entwicklungen lassen sich in den vergangenen Jahren auch für den Bereich der Minderheitenbewegung (Homosexuelle, Lesben) sowie der neuen Frauenbewegung beobachten, deren Artikulierung in einer Gesellschaft (und einer Kirche) mit konservativer politischer Kultur auf besondere Hindernisse stößt. Seit Anfang der achtziger Jahre haben sich Homosexuelle, die etwa in den USA eine der stärksten Gruppen innerhalb der NSB bilden, in den Evangelischen Kirchen zu Wort gemeldet und Selbsthilfegruppen in den meisten größeren DDR-Städten gebildet. Auch überregional trafen sich mehrfach die Mitarbeiter "Kirchlicher Lesben- und Schwulen-Arbeitskreise in der DDR", und die Theologische Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund legte im Mai 1984 eine ausführliche Studie zum Thema "Homosexuelle in der Kirche?" vor.[13] Frauengruppen haben sich anfangs vorwiegend im Zusammenhang mit der Friedensdiskussion gebildet ("Frauen für den Frieden"), doch seit 1983 fanden im kirchlichen Rahmen eine Reihe von überregionalen Frauentreffen statt, die ein wachsendes Selbstbewußtsein von Frauen- und Lesbengruppen suggerierten. Die weiblichen Emanzipationsbestrebungen lassen sich auch an den Bemühungen um eine "feministische Theologie" und eine Quotierung in den Gremien der Kirchen ablesen.

Jugendprotest ist seit den sechziger Jahren in der DDR immer wieder vermerkt worden - inwieweit solche Erscheinungen zum Typus der NSB gerechnet werden können, ist auch für westliche Staaten umstritten. Innerhalb der Kirchen findet eine solche jugendliche Pro-

13/ Ausführlich dazu: M. Hartmann: Als abartig verdammt - zur Ordination berufen? Zur Diskussion über Homosexualität in DDR-Kirchen, in: Kirche im Sozialismus. Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR, Juni 1985; eine vorsichtige Liberalisierung des Diskussionsklimas auch außerhalb der Kirchen stellt fest: R. Pieper: Homosexuelle in der DDR, in: Deutschland Archiv 9/1987;
vgl. auch V. Gransow: Sexual, Ethical-religious and Political Minorities in the GDR (Manuskript), Berkeley/ California 1987.

testkultur gewisse Artikulationsmöglichkeiten, die vor allem mit dem Begriff der (konfliktträchtigen) "Offenen Arbeit" markiert werden. Ein solches Forum waren z.B. die Ostberliner Blues-Messen und die Werkstatt-Treffen in Erfurt, Rudolfstadt oder Karl-Marx-Stadt, an denen z.T. mehrere Tausend Jugendliche teilnahmen; seit einiger Zeit sieht sich die Kirche darüberhinaus verstärkt mit dem Auftreten von Punks und Skins konfrontiert.[14] Daß spezifische Problemstellungen auch spezifische Bewegungsthemen hervorbringen können, macht die Bedeutung der Diskussion über Menschenrechte und der in diesem Zusammenhang entstandenen Gruppen deutlich. Ebenso aus dem besonderen DDR-Kontext zu erklären sind Bestrebungen zur Schaffung einer "zweiten Öffentlichkeit", wie sie in der Entstehung einiger unabhängiger Periodika deutlich werden.[15]

Alle diese Bewegungen und Strömungen bilden trotz eigenständiger Profile und teilweise tiefgreifender Differenzen eine vielfach miteinander verzahnte Gegenkultur in der DDR, deren wichtigstes, aber nicht alleiniges Artikulationsfeld die Evangelischen Kirchen sind. Unter ihrem Einfluß hat sich auch die Kirche selber stark gewandelt, wie umgekehrt von der Kirche ebenfalls große prägende Effekte auf die Vorstellungen und Artikulationsformen dieser Alternativkultur ausgehen. Versuche, den kirchlichen Rahmen zu überschreiten, wurden immer wieder unternommen, sind vom Staat jedoch zumeist mit Mißtrauen, Ablehnung oder Reppressalien beantwortet worden. Allerdings gilt für die meisten der von den NSB artikulierten Themen, daß sie auch abstrahlen auf die staatliche Kultur - in welcher Ge-

14/ Vgl.: Nachdenken über Punks in der Kirche - Dialog statt Entfremdung, in: Der Sonntag. Gemeindeblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 13. Juli 1986.

15/ Zu solchen Informationsblättern zählen etwa der "ak information" der Ostberliner Samaritergemeinde, der "Grenzfall" der Initiative "Frieden und Menschenrechte", die "Umweltblätter", die "Gegenstimmen" oder der vom Friedenskreis der Kirchengemeinde Friedrichsfeld herausgegebene "Friedrichsfelder Feuermelder".

brochenheit auch immer. Die DDR-Kirchen übernehmen im Zusammenhang mit den NSB die Rolle eines unfreiwilligen und häufig überforderten Kristallisationskernes allgemeiner Tendenzen in der Gesellschaft. Inzwischen beginnen sich auch außerhalb der Kirchen Konturen einer postmaterialistischen Gegenkultur abzuzeichnen, die sich jedoch wegen der schlechten Materiallage noch schwieriger analysieren läßt als diejenige, die sich in den kirchlichen Publikationen spiegelt.

3. Entstehungszusammenhänge

Die voranstehende kurze Typologisierung der Bewegungen macht deutlich, daß diese gegenüber den westlichen NSB bedeutsame Affinitäten in Bezug auf Inhalt, Formen und soziale Zusammensetzung aufweisen. Hinzukommt, daß ihre Entstehung beinahe zeitgleich erfolgt ist - mit einer geringen Zeitverschiebung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die in ähnlicher Weise auch zwischen westlichen Ländern mit höherem und geringerem industriellen Entwicklungsniveau beobachtet wurde. Daß es sich dabei nicht um eine DDR-spezifische Dynamik handelt, zeigen verwandte Erscheinungen in anderen sozialistischen Ländern wie Ungarn und Jugoslawien. Es ist anzunehmen, daß für die Entstehung der neuen Bewußtseinslagen in der DDR auch die Übernahme von (gegen-)kulturellen Mustern von Bedeutung ist, die zwischen den beiden deutschen Staaten besonders leicht vonstatten gehen kann; solche Adaptionen kultureller Orientierungen sind jedoch ein internationales Phänomen, wie die Verbreitung der Punk-Kultur zeigt, und wären ohne Resonanzboden in der jeweiligen Lebenswelt nicht denkbar.

3.1 Der Problemhorizont

Die Disposition zur Bildung von NSB und den ihnen zugrunde liegenden neuen Bewußtseinslagen hängt eng mit der Existenz bzw. Wahrnehmung eines spezifischen Problemhorizontes zusammen: sicherheitspolitische Fragen, Umweltzerstörung, globale Probleme, mangelnde Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungen, restriktive Reaktionen von Staat und Gesellschaft auf Minderheiten und emanzipatorische Bestrebungen, neuartige soziale und kulturelle Mangellagen sowie ein allgemeiner Verlust an tradtioneller Lebenswelt und persönlichem Lebenssinn. Als verantwortlich für diese Kombination von Problemen erscheint ein sich selbst als Fortschritt interpretierender Modernisierungsprozeß, dessen zeitliche Dynamik und geographische Ausdehnung eine in der Geschichte einzigartige Geschwindigkeit erreicht haben. Die NSB richten sich dabei weniger gegen eine spezifische - kapitalistische oder sozialistische - Organisation der industriegesellschaftlichen Modernisierung, sondern gegen die funktionale Logik der Moderne, als deren Kosten und Folgen die oben genannten Probleme erscheinen.
Auch die sozialistische Industriegesellschaft der DDR basiert bekanntlich nicht auf einem fundamental anderen Zivilisationsmodell. Produktionsweise und favorisierte Technologien gleichen ebenso den in anderen Industriestaaten verwendeten wie die gesamte industriegesellschaftliche Lebensweise. Zwar gibt es gegenüber der Bundesrepublik Unterschiede und einen Zeitverzug bei der Austattung mit langlebigen Konsumgütern, doch langfristig nivellieren sich diese durch das Erreichen der Sättigungsgrenzen.[16] Die sozialistischen

16/ Von 100 Haushalten besaßen in der DDR 1980 37 einen PKW (Bundesrepublik: 68), 100 ein Radiogerät (99), 99 einen Kühlschrank (93), 82 eine Waschmaschine (91), 95 einen Staubsauger (96) und 20 ein Telefon (70). Zahlen aus: Zahlenspiegel. Bundesrepublik Deutschland/ Deutsche Demokratische Republik - Ein Vergleich, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, S. 59. Auch die Zahl der jährlich vor dem Fernseher verbrachten Stunden ist mit 750 Stunden in beiden deutschen Staaten gleich, vgl. Deutsche Zeitschrift

Staaten nehmen wegen ihrer relativen Schwäche im Bereich des Produktionszuwachses und aufgrund ihres geringen industriellen Entwicklungsgrades, der mit einer zeitlichen Verzögerung dem der führenden Ökonomien folgt, unter den Industriestaaten eine mittlere Position ein. Die "Konvergenz" der gemeinsamen Grundstruktur in Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen wird jedoch durch die Entscheidung der kommunistischen Parteien für die Öffnung zum Weltmarkt und die Akzeptanz seiner systemare Differenzen nivellierenden Kraft weiter vorangetrieben.

Die Folge ist, daß die Ausgangsbedingungen bei den von den NSB thematisierten Problemfeldern grundsätzlich ähnlich sind wie in westlichen Staaten. Die Qualität der Umweltmedien in der DDR ist nicht besser, sondern eher schlechter zu bewerten als in der Bundesrepublik. Die Friedensfrage besitzt durch die Militarisierung der zivilen Gesellschaft eine spürbarere innere Dimension. Die einseitige materielle Befriedigungsstrategie der SED bewirkt auch unter sozialistischen Bedingungen über die ökologischen Schäden hinaus ein Überschreiten der "sozialen Grenzen des Wachstums" (Hirsch), also jenes Punktes, wo eine Verallgemeinerung des Wohlstandes nicht realisierbar ist (z.B. die Verfügung über Seegrundstücke) oder für den einzelnen als Verlust erfahrbar wird (Staus, Massentourismus). Globale Probleme wie die steigenden Rüstungsausgaben, die Gefahr eines Nuklearkrieges, Hunger und Unterentwicklung in der Dritten Welt sowie globale Umweltschäden betreffen die DDR in gleicher Weise und lösen, wenn sie in den Blick geraten, Zukunftsängste und Zweifel an der Problemlösungskapazität der herrschenden politischen Systeme aus.

Überträgt man die für westliche Staaten formulierte These von der Entfremdung zwischen dem politischen Institutionsgefüge und (Teilen)

für Philosophie Nr. 4/1986, S. 329.

der Gesellschaft als Motor für die Herausbildung von NSB, stößt man im sozialistischen System auf eine – historisch und strukturell bedingte – erheblich größere Dichotomie zwischen denen, die den Partei- und Staatsapparat kontrollieren, und jenen, über deren Lebensumstände von diesem Apparat entschieden wird. Durchlässigkeit und Integrationsfähigkeit des politischen Systems sind gering, seine zentralistische Struktur erweist sich für Innovationen, Anstöße und Interessenartikulation "von unten" übermäßig verschlossen. Die ohnehin bestehende Tendenz in modernen Industriegesellschaften zur Bildung großer Apparate und mächtiger Bürokratien, erfährt im politischen System des Sozialismus, das von der Vorherrschaft eines bürokratischen Institutionengefüges geprägt ist, eine besonders krasse Ausformung. Auch die ungebrochene obrigkeitsstaatliche politische Kultur in der DDR und das Fortleben patriarchalischer Strukturen trotz weitgehender Integration der Frauen in den Arbeitsprozeß stehen in Widerspruch zu den gewachsenen Emanzipations- und Partizipationsbestrebungen.

Allerdings werden in sozialistischen Staaten diese "neuen" Problemfelder häufig von den ungelösten "alten" Problemen überlagert. Dazu zählen angesichts des geringeren wirtschaftlichen Entwicklungsgrades auf der einen Seite die unbewältigten traditionellen Modernisierungsaufgaben und die damit zusammenhängenden sozialen und Versorgungsprobleme (Warenengpässe, niedriges Konsumniveau, Wohnraumnot, Armut), die die Herausbildung eines postmaterialistischen Bewußtseins behindern. Auf der anderen Seite sind darunter solche Probleme zu fassen, die in westlichen Gesellschaften von traditionellen Bewegungen artikuliert werden oder bereits gelöst worden sind (soziale Interessenvertretungen, ökonomische Freiheiten, repräsentative Demokratie, nationale Selbstbestimmung). Diese lasten gleichsam auch auf den NSB und führen sie frühzeitig in einen fundamentalen Konflikt mit dem politischen System; andererseits sind sie auch Wurzel für gesellschaftliche Autonomiebestrebungen, die die – vor-

dergründig weniger "anstößigen" - Themen der NSB zuweilen nur als Medium benutzen, um eben jenen Zusammenstoß mit der Staatsmacht zu vermeiden.

Umgekehrt kann eine Reihe von Problemen als Motor von NSB unter sozialistischen Bedingungen ausfallen. Zum einen ist die Sensibilität für Fragen des Nord-Süd-Konfliktes in den RGW-Staaten gemeinhin geringer, was u.a. auf ihre eigene periphere Rolle in der Weltökonomie und auf ihr gegenüber den hochentwickelten westlichen Staaten niedrigeres Konsumniveau zurückgeführt werden kann. Zum anderen spielen die mit dem Zerfall der traditionellen Arbeitsgesellschaft zusammenhängenden Probleme der Arbeitslosigkeit und Zukunftsunsicherheit in der DDR (noch) keine bewußtseinsbestimmende Rolle. Staatsverschuldung, Rationalisierungszwänge und sinkende Wachstumsraten könnten aber auch in sozialistischen Ländern die traditionelle soziale Sicherheit auflockern und - wie in Ungarn[17] - zu einer Verschärfung der gesellschaftlichen Spannungen, zu Entlassungen und zu einem Überschuß hochqualifizierter Arbeitskräfte führen. Grundsätzlich dürfte jedoch auch für sozialistische Staaten gelten, daß die bloße Existenz des spezifischen Problemhorizontes des Modernisierungsprozesses nicht zur Herausbildung von NSB führt, sondern daß ihre selektive Verarbeitung und eine generell erhöhte Sensibilität ihnen gegenüber hinzukommen müssen. Diese korrelieren in westlichen Staaten mit bestimmten sozialstrukturellen Prozessen und Werteverschiebungen die ich an dieser Stelle näher betrachten möchte.

3.2 Sozialstrukturelle Verschiebungen

Westliche und östliche Sozialwissenschaftler gehen davon aus, daß die vom industriellen Modernisierungsprozeß nach dem II. Weltkrieg aus-

17/ Vgl. dazu H. Knabe: Arbeitslos im Sozialismus, in: Kommune Nr. 12/1986.

gelösten ökonomischen und sozialen Veränderungen wesentlich zur Entstehung der NSB beigetragen haben. Die Entwicklung des technischen Fortschritts und seine Auswirkungen auf Produktion und Reproduktion haben auch in der DDR zu einer für wachsende Industriegesellschaften typischen Umschichtung in der Beschäftigungs- und Produktionsstruktur geführt. Die Zahl der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft verringerte sich, während jene im Dienstleistungsbereich zunahm.[18] Die Beschäftigtenzahl im produktiven Gewerbe blieb in etwa konstant, doch Mechanisierung und Automatisierung haben zu einer Veränderung der Qualifikationsstruktur und zu einer Polarisierung in intellektuell anspruchsvolle und in monotone Routinearbeiten geführt. Die gestiegene Bedeutung von Planungs-, Steuerungs- und Dienstleistungsaufgaben führt zum Anwachsen einer "neuen Mittelschicht", während sich das klassische Industrieproletariat - z.B. im Bergbau - dezimiert hat und damit die Bedeutung des industriellen Typus der Arbeit mit wenig Möglichkeiten der Selbstbestimmung insgesamt zurückgeht. Die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualifikation bewirkt eine Verlängerung der Postadoleszenz und eine Freisetzung individueller Selbstgestaltungs- und Partizipationsansprüche.

Auch im Reproduktionsbereich hat der Modernisierungsprozeß weitreichende Folgen: Das Wohlstandsniveau ist angestiegen, das Alltagsleben wurde durch die Massenmotorisierung und die Technisierung der Haushalte revolutioniert und vereinheitlicht. Dadurch wurden die differierenden sozialen und kulturellen Milieus eingeebnet, gleichzeitig kam es zu einer Individualisierung, die einerseits als Vereinzelung, andererseits als Freisetzung von individuellen Emanzipationschancen wirkt. Der Fonds diskretionaler Freizeit ist durch die Ver-

18/ Die Zahl der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft sank zwischen 1960 und 1980 von 16,9 auf 10,1 Prozent, die der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten stieg von 17,9 auf 24,5 Prozent, vgl. DDR-Handbuch, Köln 1979, S. 55 und Zahlenspiegel, a.a.O., S. 38.

kürzung der Arbeitszeit und die Reduzierung der für die Reproduktion erforderlichen Tätigkeiten angestiegen und korreliert mit einem generellen Wandel des Verhältnisses zur Arbeit. Westliche Sozialwissenschaftler sprechen aufgrund dieser Wandlungen in Produktion und Reproduktion von einem neuen Gesellschaftstyp, den sie mal als "postindustrielle" (Raschke), mal als "programmierte" (Touraine), mal als "Kommunikationsgesellschaft" (Habermas) bezeichnen.

Aufgrund dieses in Ost und West weitgehend symmetrisch verlaufenden Modernisierungsprozesses müßte die soziale Basis, aus der sich die westlichen NSB speisen, auch in der DDR anwachsen. Tatsächlich lassen sich zwischen den westlichen und östlichen Bewegungen auch zahlreiche Übereinstimmungen in ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung feststellen: Es dominieren jüngere, überdurchschnittlich gebildete, informierte und moralisch sensible Menschen, für die die politische Tätigkeit eine Form der Selbstverwirklichung ist. Ihr Persönlichkeitsprofil ähnelt dem von Studenten und Angehörigen intellektueller oder sozial-kultureller Berufe, wenngleich ihr tatsächlicher beruflicher Status aufgrund des hohen an diese sozialen Gruppen gerichteten Loyalitätsanspruches ein anderer sein kann; obwohl es darüber keine Untersuchungen gibt, dürften Wissenschaftler, Ärzte, Angehörige kirchlicher Berufe, Ausübende von Nischen-Beschäftigungen, in der Ausbildung Befindliche, sowie solche, denen aus politischen Gründen ein beruflicher Aufstieg verwehrt ist, zu den dominierenden Trägergruppen gehören. Ein wichtiges Segment in den neuen Bewegungen stellen darüberhinaus gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie Studien- und Berufsabbrecher, Aussteiger und sozial benachteiligte Jugendliche dar. Aufgrund ihrer Sozialisation und ihrer politischen Tätigkeit befinden sich die Träger der NSB in der DDR in der Regel am entgegengesetzten Ende der Institutionen der Macht und stehen diesen ausgeschlossen gegenüber, verkörpern jedoch gleichzeitig einen - durch geistige Kompetenz begründeten- Anspruch auf Partizipation an den politischen Prozessen.

Abweichend von der Entwicklung in den hochentwickelten westlichen Staaten ist bislang noch der weitgehende Fortbestand der traditionellen Arbeitsgesellschaft, die durch größere Spielräume für private unternehmerische Tätigkeit sogar kurzfristig prosperieren kann. Dadurch ist die Freisetzung einer breiten Schicht gebildeter Menschen, die nur sporadisch oder gar nicht oder in sehr flexibler Weise in den Arbeitsprozeß integriert ist, bislang blockiert. Durch die Integration in das Berufsleben und die Familiengründung ist die jugendliche Sozialisationsperiode meist mit etwa 25 Jahren abgschlossen, während sie in westlichen Staaten häufig bis in das 30. oder sogar 40. Lebensjahr ausgedehnt wird. Auch die Möglichkeiten für einen freiwilligen "Ausstieg" aus der Arbeitsgesellschaft und damit der Spielraum für die Entfaltung einer postmateriellen Lebensweise sind relativ klein. Durch die staatliche Berufslenkung, durch die Verschulung und zeitliche Begrenzung des Studiums, durch den größeren Zwang zur vollen Integration in den Arbeitsprozeß, durch das Fehlen von Sozialleistungen für Nicht-Berufstätige, durch die längere Arbeitszeit usw. kann sich der aus westlichen Gesellschaften bekannt Typus der gebildeten Persönlichkeit mit viel Freizeit, hohen Ansprüchen gegenüber der Lebensqualität und Ambitionen für eine postmaterialistische Lebensweise nur in einer beschränkten Zahl von Fällen herausbilden. Zwar zeichnet sich seit einiger Zeit ein Ende der mittelschichtsfeindlichen Gesamtpolitik ab, doch gerade die Beschäftigten in der nicht-produktiven Sphäre (Wissenschaftler, Journalisten, Lehrer) sind in der DDR nach wie vor einem hohen Maße an Kontrolle und Loyalitätszwang ausgesetzt. Dennoch weisen eine Extrapolierung der bisherigen Tendenzen in die Zukunft sowie die Erfahrungen in anderen sozialistischen Staaten eher auf eine Bestärkung der aus den westlichen Gesellschaften bekannten Trends als in die umgekehrte Richtung.

3.3 Wertewandel

Die genannten Veränderungen in Produktion und Reproduktion werden von westlichen Sozialwissenschaftlern für einen tiefgreifenden Wandel von Werten, Normen und Überzeugungen in einem Teil der Gesellschaft verantwortlich gemacht, der besonders deutlich wird in der jüngeren Generation.[19] Auch in der DDR sind solche Verschiebungen der Werte und Bedürfnisse zu beobachten, wenngleich es kaum statistische Angaben darüber gibt. Bei einer Erhebung aus dem Jahre 1971 gaben von 800 befragten Personen in Bitterfeld und Schwerin über 90 Prozent an, daß sie die Luftverschmutzung für gesundheitsschädlich hielten, und zwei Drittel der Befragten aus Bitterfeld wollten ihren Wohnort wechseln. Und nach einem 1974 angefertigten Bericht fühlten sich 30 Prozent der DDR-Bürger in ihrem Wohnbereich durch Lärm gestört.[20] Eine Reihe von Indizien weisen darauf hin, daß die ökologische Sensibilität in der DDR in den letzten Jahren ständig gewachsen ist und nicht mehr nur die Ränder der Gesellschaft erfaßt.

Dabei spielt insbesondere der Generationenwechsel eine Rolle, der auch in der DDR zu einer spürbaren Erosion tradierter Deutungs- und Wertsysteme (Disziplin, Fleiß, Arbeits- und Leistungsethos, Familie etc.) geführt hat. Während die ältere Generation von den Erfahrungen des Krieges und der entbehrungsreichen "Aufbaujahre" geprägt wurde, ist die jüngere Generation in Verhältnissen materieller Sicherheit mit vergleichsweise hohem Lebensstandard groß ge-

19/ Empirische Nachweise für einen solchen Wertewandel in der jungen Generation haben insbesondere erbracht: R. Inglehart: The silent revolution. Changing values and political styles among Western Publics, Princeton 1977; K. Allerbeck: Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven, München/Zürich 1985; sowie die Shell-Studien "Jugend und Erwachsene" von 1981 und 1985.

20/ Zitiert in: G. Würth: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, a.a.O., S. 63.

worden und tendiert partiell zu neuen, hedonistischen Werten und postmaterialistischen Bedürfnissen (gesunde Ernährung, weniger Fleischverbrauch, neue Naturverbundenheit etc.). Sie entwickelte Abwehrreaktionen gegen Formaspekte und Wertsurrogate des industriellen Modernisierungsprozesses und der damit verbundenen "Kolonialisierung der Lebenswelt". Darin mischen sich emanzipatorische Bestrebungen mit einer wachsenden Fortschrittsskepsis.

Das zivilisationskritische Bewußtsein erfaßt auch andere Altersstufen und leuchtet dort besonders deutlich auf, wo sich die politische Kultur am offensten präsentiert: in der Kunst, in der Literatur und in den Kirchen. Überdurchschnittliche Sensibilität für solche Fragestellungen zeigen darüberhinaus die im traditionellen Naturschutz Involvierten, der in Deutschland und in der DDR auch historisch über eine starke Verankerung verfügt[21]. Die einseitige Orientierung der SED auf ökonomisches Wachstum und die damit einhergehende weitere "Modernisierung" der Lebens- und Produktionsweise vergrößert jedoch die Kluft zwischen solchen Ambitionen und der Politik des Staates. Die neuen Bewußtseinslagen dürften in Zukunft aber eher noch zunehmen, weil sie durch den ökologischen Bewußtseinsvorsprung in der Bundesrepublik, durch den Zuwachs an Informationen und durch schockartige Erfahrungen mit Umwelt-Katastrophen beständig neu angeregt werden.
Die antimodernistischen Stimmungen werden flankiert von einem Bedürfnis nach Überwindung "historisch überholter" Herrschafts- und Autoritätsstrukturen. Die emanzipatorischen Ambitionen sind wiederum besonders stark in der jüngeren Generation ausgeprägt, die die für die ältere Generation geradezu konstitutiv erscheinende Identitätsspaltung in ein öffentliches und ein privates Leben ablehnen und nach einer glaubwürdigen Einheit suchen. Einerseits betrachten sie

21/ Zur Bedeutung der "Naturschützer" im politischen Prozeß der DDR, vgl. G. Würth, a.a.O.

die sie umgebenden (sozialistischen) Verhältnisse nicht mehr als provisorisch und identifizieren sich zunehmend weniger mit der Bundesrepublik, andererseits erwarten sie größere Partizipationsmöglichkeiten und entwickeln vielfältige Formen von unabhängiger Bürger-Initiative. Selbsthilfegruppen, Eingaben, Leserbriefe und andere Aktivitäten sind ein Ausdruck dieser gestiegenen Bereitschaft zum Engagement und konfrontieren den Partei- und Staatsapparat mit einem aus der Vergangenheit kaum bekannten Phänomen.

Diese Wertverschiebungen spiegeln sich sehr deutlich in Form und Inhalt der neuen Bewegungen. Ihre programmatischen Vorstellungen sind eng verwandt mit denen der westlichen NSB, und auch ihre innere Organisation ist ähnlich. Sie stellen für die gesellschaftliche und politische Entwicklung Kriterien auf wie ökologisch, sozial, gewaltfrei, basisdemokratisch, gerecht, wodurch grundlegende Orientierungen der traditionellen Politik - militärische Sicherheit, wissenschaftlich-technischer Fortschritt, politische Macht, ökonomisches Wachstum - in Frage gestellt werden. In den Grundpfeilern ihres Selbstverständnisses - Kritik des herrschenden Naturverständnisses, Kritik der Leistung, Kritik der instrumentellen Vernunft und Kritik der Bedürfnisse - stellen sie sich gegen das dominante Zivilisationsmodell und der damit verbundenen Lebenweise. Andererseits tendieren sie aufgrund ihrer Suche nach einem weltgesellschaftlich "vernünftigen" Entwicklungsweg zu marxistischen Deutungsmustern, die keineswegs vorrangig taktischen Überlegungen geschuldet zu sein scheinen.

Folgerichtig ist die Bundesrepublik für die Träger der NSB in der DDR kein Modell einer "besseren" Gesellschaft, wenngleich ihnen einzelne Aspekte dort eher realisiert, andere dagegen schlechter verwirklicht erscheinen. Vielmehr artikulieren sie ein Verlangen nach einem "dritten Weg" zwischen den herrschenden Systemen und Ideologien sowie zwischen den erstarrten innenpolitischen Fronten von

Staat und Opposition. Alte Polarisierungen (rechts/links, Sozialismus/Kapitalismus) werden aufgeweicht und durch den Konflikt um die Lebensweisen sowie um punktuelle Veränderungen ersetzt. Sie streben nicht wie frühere soziale Bewegungen gewaltsame revolutionäre oder auf die Eroberung der politischen Macht zielende Veränderungen, sondern folgen einer Strategie der politischen Selbstbeschränkung und des konkreten, individuellen, ideellen, also evolutionären Wandels aus einem residualisierten Machtstatus heraus. Aufgrund des allgemeinen kulturellen Pluralisierungsprozesses in den hochentwickelten Industriegesellschaften bilden die NSB keine neue geschlossene Ideologie heraus, sondern folgen vielfältigen, wechselnden und von gesellschaftlichen Stimmungen abhängigen Vorstellungen.

Diese bewegen sich darüberhinaus in partieller Abhängigkeit zur offiziellen politischen Kultur, die von der monopolisierten Machtstruktur vorgegeben wird. Einerseits sind die Forderungen und Aktionsformen der NSB in der DDR vielfach weniger radikal als in westlichen Staaten und appellieren stärker an Verhaltenskorrekturen beim einzelnen, um den frontalen Konflikt mit der Staatsmacht zu vermeiden; andererseits erscheinen sie im Vergleich zu den im "Integrationssog" der parlamentarischen Demokratie stehenden und zunehmend dem Zwang zur Realpolitik ausgesetzten Bewegungen in der Bundesrepublik als besonders "rein", "glaubwürdig" und idealistisch. Schließlich finden sich in ihren Vorstellungen auch zahlreiche Adaptionen aus der offiziellen Ideologie, auf die sie sich zwangsläufig beziehen müssen.

Unterhalb der Ebene des jeweiligen politischen Systems verweisen die Affinitäten, die das pazifistisch-ökologische Engagement in beiden deutschen Staaten aufweist, zugleich auf gemeinsame deutsche historische Grundlagen und politisch-kulturelle Traditionen, die die DDR in ähnlicher Weise "anfällig" machen für die Themen der "neuen Politik" wie die Bundesrepublik, während diese in Frankreich oder

Polen eine weniger große Bedeutung besitzen. Die Identitätslosigkeit der Deutschen und das rasche Nachlassen ideologischer Bindungen nach dem Zweiten Weltkrieg (Nation, Religion, Klassenzugehörigkeit) könnten ein Vakuum geschaffen haben, in dem Entfremdung, Werteverlust und Zukunftsprobleme wie Frieden und Umwelt mit größerer Intensität empfunden werden als in den benachbarten Staaten. Die Bereitschaft zu hoher moralischer Sensibilität dürfte auch eine Reaktion auf die Erfahrung des Faschismus und seine mangelhafte Verarbeitung durch die Deutschen sein, die besonders in den Mittelschichten und in kirchlichen Kreisen anzutreffen ist.

Die Bedeutung des so beschriebenen partiellen postmaterialistischen Wertewandels wird in der DDR jedoch bis auf weiteres durch den zuwiderlaufenden, unabgeschlossenen Prozeß der Herausbildung einer materialistischen Wertordnung relativiert, die sich materiell und politisch im wesentlichen erst seit den siebziger Jahren konstituieren kann. Der Nachholbedarf im Konsum und die Defizite gegenüber der Bundesrepublik verleiht den Waren einen Fetischcharakter, den sie in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten für viele bereits wieder verloren haben, und die ungelösten Aufgaben im traditionellen Modernisierungsprozeß lassen dessen Ablehnung oftmals nicht zu. Die ungebrochene obrigkeitsstaatliche Tradition und das Fehlen einer kulturrevolutionären Gegenbewegung wie die Studentenbewegung der späten sechziger Jahre wirken zudem stark restriktiv auf die Entstehung emanzipatorischer Bestrebungen. Die verspätet entstandene und legitimierte materialistische Wertordnung verbindet sich in der DDR mit kollektivistischen, provinzialistischen, kleinbürgerlichen, traditionalistischen und nationalistischen Elementen zu einem von der traditionellen Politik geförderten und repräsentierten Mehrheitsbewußtsein, das die postmaterialistischen Orientierungen in ein doppeltes, staatliches und gesellschaftliches, Getto sperrt. Das autoritäre Erbe und der Modernisierungsverzug bremsen den Zerfall der alten und die Herausbildung neuer Werte – ein Prozeß, der auch

in einigen westlichen weniger entwickelten Industriestaaten beobachtet werden kann. Neben diesen sowie den Ländern der Dritten Welt verkörpern die sozialistischen Staaten einen dritten Typus geringer entwickelter Industriestaaten, der, ebenso wie diese, auch eine geringere Intensität in der Entwicklung postmaterialistischen Bewußtseins aufweist.

4. Reaktionen des politischen Systems

Aufgrund der bisherigen Analyse läßt sich zusammenfassend feststellen, daß prinzipiell auch in sozialistischen Industriegesellschaften und namentlich in der DDR Indikatoren für die Entstehung eines nichttraditionellen Protestpotentials mit postmaterialistischen Orientierungen nachweisbar sind - wenngleich die genannten Spezifika, die nationalen Unterschiede und die systembedingten Abschwächungen nicht übersehen werden dürfen. Die großen typologischen Affinitäten zu den westlichen NSB, Parallelentwicklungen in anderen sozialistischen Staaten, der zeitliche Zusammenfall der Prozesse und die Übereinstimmungen der programmatischen Vorstellungen lassen den Schluß zu, daß es sich hier um ein strukturell bedingtes Phänomen hochentwickelter Industriegesellschaften handelt, das seine Basis in einem breiten Fundament gemeinsamer Strukturen und symmetrischer Prozesse in Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen findet. Diese Entwicklung hat in der DDR mit einem Zeitverzug gegenüber der Bundesrepublik eingesetzt und ist erst in den achtziger Jahren deutlicher sichtbar geworden; sie zeigt nach wie vor eine aufstrebende Tendenz, von der nicht anzunehmen ist, daß sie in naher Zukunft gestoppt würde.

Die Auf- und Abbewegungen der westlichen NSB haben inzwischen dazu geführt, daß die spezifischen politischen Bedingungen, in denen diese entstehen und zerfallen, stärker in den Blickfeld geraten sind.

Sozialstrukturelle und Werteverschiebungen schaffen nur die Disposition und führen nicht automatisch dazu, daß bestimmte Probleme in Form einer Bewegung artikuliert werden. Als entscheidender Faktor treten die Struktur des politischen Systems und die jeweilige politische Kultur hinzu; weitgehend ungeklärt sind überdies Verlauf und sozialpsychologische Ursachen der starken Dynamik der NSB, die sich völlig unerwartet an bestimmten Themen kristallisieren können (z.B. Volkszählung), aber ebenso schnell wieder auflösen können.

Die Eingebundenheit der postmaterialistischen Orientierungen in das politische System der DDR wären eine eigene Untersuchung wert, zu der in diesem Rahmen nur einige Anstöße gegeben werden können. Grundsätzlich führt die autoritäre Struktur des politischen Systems keineswegs dazu, daß andere, autonome Formen der Interessensartikulation an den traditionellen Institutionsgefüge vorbeiwachsen, sondern versetzt im Gegenteil die Gesellschaft in einen passiven, amorphen Zustand, den selbst diktatorische kapitalistische Systeme nicht erzeugen können. Unabhängige soziale Bewegungen wurden bereits mit der Einführung des sozialistischen Systems liquidiert oder "verstaatlicht", und das System tendiert weiterhin dazu, diesen Zustand unbegrenzt zu erhalten, was nicht zuletzt die polnische Entwicklung deutlich gemacht hat. Einflußreiche Kräfte innerhalb des Machtapparates betrachten jede unabhängige Interessensartikulation als Bedrohung der hierarchischen Macht- und Entscheidungsstrukturen und wollen an dem Modell der atomisierten Gesellschaft festhalten, die sich nur in den kontrollierten offiziellen Institutionen ausdrücken kann. Erst eine grundlegende Reform des politischen Systems, wie sie von Reformkräften in Osteuropa gefordert wird, könnte hier eine Änderung herbeiführen.

Darüber hinaus entwickelt das politische System eine spezifische Abwehr gegen die NSB, obwohl es durchaus programmatische Gemeinsamkeiten zwischen ihnen und der offiziellen Ideologie gibt, wie sie

etwa von Mihail Gorbatschow vertreten wird. Über die Blockade unabhängiger Bewegungen hinaus erscheinen dem politischen System die in den NSB aufgehobenen neuen Werte und Lebensweisen als fremd und destabilisierend, so daß es sich ihnen gegenüber abschottet und in eine Abwehrstellung begibt[22]. Die neuen Orientierungen kollidieren mit dem Befriedigungskonzept durch ökonomisches Wachstum mit kurzfristigen Interessen der Machtgruppen und wirtschaftlichen Lobbys, aber auch mit dem industriell-materialistischen Mehrheitsbewußtsein der Gesellschaft, als dessen Exekutor der Partei- und Staatsapparat auftritt. Deshalb wachsen sie außerhalb der Machtinstanzen heran, formieren sich als Gegenkultur und tendieren dazu, die Form einer autonomen sozialen Bewegung anzunehmen.

Andererseits hat die DDR im Zuge des Übergangs von der extensiven auf die intensiv erweiterte Reproduktion eine Entwicklung eingeschlagen, in der die Autonomie der Institutionen der zivilen Gesellschaft relativ anwächst und integrative Strategien gegenüber der Bevölkerung bevorzugt werden, was mittelbar auch die Entstehung unabhängiger Gruppen und Bewegungen erleichtert. Es wächst das Potential, das danach strebt, die neuen postmaterialistischen Orientierungen zu artikulieren und gegebenenfalls bereit ist, sich auch an Bewegungen zu beteiligen oder solche zu initiieren. Die Führung sieht sich mit einer neuen Form von Dissenz und Bürgertätigkeit konfrontiert, die in der Vergangenheit unbekannt war und neue Integrationsstrategien erforderlich macht. Die monopolisierte Struktur des politischen Systems führt dabei dazu, daß die Bewegungen unter sozialistischen Bedingungen spezifische Formen annehmen müssen, die durch eine niedrige Stufe der Bewegungsdynamik und eine starke Tendenz zur Institutionalisierung gekennzeichnet sind, was mit dem traditionellen Übergewicht des Staates gegenüber der zivilen Gesell-

22/ Vgl. das Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes gegen die Umweltbibliothek der Ost-Berliner Zionsgemeinde, FAZ vom 26. und 27.11.1987.

schaft in Osteuropa korrespondiert. Der Zwang zu Kompromissen mit der Machtelite und der Mangel eines ideologischen Pluralismus im Sozialismus prägen auch die Vorstellungen dieser Bewegungen und schließen radikalisierte Aktionsformen, wie sie für westliche Staaten typisch sind, in der Regel aus.

Der westliche Typus der offenen Bewegung hat in der DDR deshalb bislang keine Existenzmöglichkeiten. Voraussetzung dazu wäre eine Lockerung des politischen Systems, die das Organisationsmonopol der Partei zumindest partiell aufheben würde. Ansätze zu einem solchen Bewegungstypus sind jedoch in Ungarn und in Slowenien erkennbar. Stattdessen werden die neuen Ambitionen in der DDR vorrangig in den abgezirkelten, kontrollierbaren Rahmen der Evangelischen Kirchen verschoben, was dem Bedürfnis ihrer Träger nach Legalität und institutioneller Absicherung entgegenkommt. Dadurch kann der Dissenz von der Gesamtgesellschaft isoliert weden, dessen Artikulation sonst nur zu einem hohen innen- und außenpolitischen Preis zu verhindern wäre. Dieser Typus der halbautonomen Bewegung ist zur Selbstbegrenzung gezwungen und stark geprägt vom Eigengewicht der "Mutter-Institution"; die neuen Bewußtseinslagen vermischen sich mit religiösen Gefühlen, verfügen aber im Schutzraum der Kirchen über eine relative organisatorische und ideologische Autonomie. Die enge Verknüpfung mit den Kirchen bedeutet einerseits Ent-Weltlichung und Isolation, gibt andererseits aber auch die Möglichkeit, einen relativ breiten sozialen Ausschnitt aus der Gesellschaft (Gemeinden) anzusprechen. Sind Ansätze erkennbar, daß die Gruppen ihre zersplitterte organisatorische Form aufheben und ihre Dynamik durch vereinheitlichende Forderungen oder Symbole (z.B. der Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen") zu einer landesweiten offenen Bewegung tendieren könnte, daß sie den "geschlossenen Raum" der Kirchen durch öffentliche Aktionen (Fahrraddemonstrationen) verlassen und der christliche Bezug verloren gehen könnte, setzen staatli-

che Restriktionen ein und zwingen die Bewegung wieder in ihre alte Form.

Darüber hinaus stoßen wir in sozialistischen Staaten auf den Typus der Vorform der Bewegung, d.h. bestimmte ideologisch-politische Themen, die geeignet wären, eine Bewegung zu entfachen, bleiben auf einer niedrigen Stufe der Bewegungsdynamik hängen und können sich nur in der Privatsphäre, in internen beruflichen Zusammenhängen, in einem bestimmten Teil des kulturellen Sektors, der jugendlichen Subkultur oder der Medien artikulieren. In manchen Staaten, in denen die Kirche als Schutzraum für solche Bestrebungen ausfällt und unabhängige politische Tätigkeit nur die Form einer isolierten Dissidentengruppe annehmen kann, könnte man darüberhinaus vom Typus der marginalisierten Bewegung sprechen, wofür die Aktivitäten auf den Themenfeldern der "neuen Politik" durch die Charta 77, die sowjetische Friedensgruppe "Trust" oder die Demokratische Opposition in Ungarn Beispiele sind.

Von besonderer Bedeutung in den sozialistischen Staaten ist schließlich der Typus der institutionalisierten Bewegung, d.h. der Versuch des politischen Systems, im offiziellen Bereich Spielräume für die Artikulierung der neuen Orientierungen zu schaffen. In der DDR wird dies deutlich in den Bemühungen, die FDJ in ihren Inhalten und Formen den in der Jugend virulenten Stimmungen anzupassen. Auch die für Friedenspolitik zuständigen Institutionen (Friedensrat, CFK) werden für diesen Zweck eingesetzt, und offiziell getragene neue Initiativen in diesem Bereich wie die DDR-Sektion der "Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung eines Atomkrieges" oder der "Olof-Palme-Friedensmarsch" weisen Anzeichen einer gewissen Pluralisierung auf. Am sichtbarsten sind diese Anstrengungen jedoch im Bereich der Umweltproblematik, wo die Integration des neuen Bewußtseins offensichtlich als leichter und zudem als gesellschaftlich durchaus nützlich angesehen wird als bei anderen Themenfeldern.

Hier ist an erster Stelle die Belebung der "Gesellschaft für Natur und Umwelt" zu nennen, deren Gründung im März 1980 zunächst den Eindruck eines überwiegend formalen Aktes erweckte. Inzwischen konnten sich jedoch örtliche Gruppen der Gesellschaft in ähnlicher Weise profilieren wie kirchliche Umweltgruppen, und teilweise kommt es auch zu personellen Überschneidungen oder Abwanderungen.

Im Umweltbereich läßt sich auch an anderen Punkten am deutlichsten der Versuch beobachten, die neuen Orientierungen in die offizielle politische Kultur einzubauen und sogar praktischen Gewinn daraus zu schlagen. Staatliche Stellen haben zum einen wiederholt gegenüber kirchlichen Vertretern ihre Kooperationsbereitschaft auf diesem Sektor erklärt, und tatsächlich gibt es inzwischen zahlreiche Beispiele praktischer Zusammenarbeit mit kirchlichen Gruppen (z.B. Baumpflanzungen), die jedoch immer wieder auch von starken Spannungen konterkariert werden.Ein besonders weitgehendes Beispiel für einen solchen Dialog ist das "Christliche Umweltseminar" in Rötha unweit des Braunkohlenkombinates Espenhain, das erfolgreich mit den lokalen Machtinstanzen das Gespräch gesucht hat und in dem auch ein örtlicher Bürgermeister, der der CDU angehört, mitarbeitet.[23] In Dresden ging dagegen aus einer kirchlichen Arbeitsgruppe, die sich mit einer Verbesserung des Radwegnetzes beschäftigte, eine im offiziellen Bereich angesiedelte Radwege-Initiative hervor. Die Institution der regionalen Landschaftstage, bei denen Fachleute, Naturschützer und im Umweltbereich Engagierte über Maßnahmen beraten, ist ebenso aufgewertet worden wie die Bedeutung des Umweltthemas in den Medien. Im Zusammenhang mit der CDU ist der Versuch zu beobachten, diese Partei über den traditionellen friedenspolitischen

23/ An den im Rahmen eines jährlichen Umweltgottesdienstes veranstalteten Foren haben wiederholt auch Funktionäre teilgenommen, und ein Vorschlag des Seminars, um den schwer belasteten Ort Rötha einen Schutzring aus Bäumen anzulegen, wurde inzwischen über die Veranstaltung eines regionalen Landschaftstages in die Planung aufgenommen.

Schwerpunkt hinaus als eine für ökologische Fragestellungen besonders sensible Organisation zu profilieren, was sich deutlich in der Berichterstattung ihres Zentralorgans und ihrer Provinzzeitungen niederschlägt.

Wie weit über eine solche zaghafte Öffnung die neuen sozialen Bewegungen und die von ihnen vertretenen Orientierungen Einfluß auf die politische Kultur in der DDR zu nehmen und in das offizielle Institutionengefüge einzudringen vermögen, ist bislang nicht abzusehen. In der Rückschau ist jedoch festzustellen, daß sie zumindest in Teilen der Gesellschaft und des Apparates einen Bewußtseinswandel bewirkt haben. Das Dilemma der SED ist, daß eine Politik der Öffnung und Institutionalisierung zwar dazu beitragen könnte, den gegenkulturellen Charakter der NSB zu verrringern, ihre Kontrollierbarkeit zu erhöhen und das politische System insgesamt attraktiver zu gestalten; doch der Preis, den sie dafür bezahlen müßte, wäre eine Pluralisierung der Macht und der Ideologien. Die Bewegungen schließlich müßten fürchten, ihre Unabhängigkeit zu verlieren und für die Ziele der staatlichen Politik mißbraucht zu werden.